



# Konzept einer solidarischen Politik mit und für Seniorinnen und Senioren in Hessen

**SPD** Fraktion  
im Hessischen  
Landtag

# INHALT

- 
- > VORWORT
  - > DIE ÖKONOMISCHE SITUATION VON SENIORINNEN UND SENIOREN IN HESSEN
  - > GESUNDHEIT
  - > MOBILITÄT
  - > WOHNEN
  - > DIGITALISIERUNG
  - > KULTUR, FREIZEIT, BEGEGNUNG
  - > PARTIZIPATION
  - > AUSBLICK

## ANSPRECHPARTNERINNEN

### Seniorenpolitische Sprecherin

Ulrike Alex, MdL  
u.alex@ltg.hessen.de

### Parlamentarische Referentin

Bettina Kaltenborn  
B.Kaltenborn@ltg.hessen.de  
Tel.: +49 611 350-516

## IMPRESSUM

### SPD-Fraktion im Hessischen Landtag

Christoph Gehring, Pressesprecher  
(V. i. S. d. P.)  
Schlossplatz 1–3, 65183 Wiesbaden

Titelbild: [www.ljsphotographyonline.com](http://www.ljsphotographyonline.com)  
Porträts: © Stefan Krutsch Photographie,  
Frankfurt am Main

## VORWORT

Die stetig wachsende Zahl der Seniorinnen und Senioren in Hessen bildet eine heterogene Gruppe, deren Möglichkeiten zur Teilhabe am sozialen, politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Leben sich stark unterscheiden.

Diese Teilhabe durch die Bereitstellung von Ressourcen zu ermöglichen und gerecht zu gestalten, ist eine dauerhafte politische Querschnittsaufgabe, die sich vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung immer drängender stellt. Dabei sind unterschiedliche Politikfelder zu betrachten, um Fehlentwicklungen zu erkennen und Ziele zu entwickeln. Dazu gehören die ökonomischen Voraussetzungen, die soziale Infrastruktur, die Gesundheitsversorgung, die Geschlechtszugehörigkeit, die ethnische Zugehörigkeit, der Wohnbedarf, die Mobilität sowie das Bildungs-, Kultur- und Ehrenamtsangebot.

Gewechselt werden muss von einem Blick auf mögliche Defizite zu einem Blick auf Chancen und Fähigkeiten einer älteren Generation. Neben einer notwendigen wissenschaftlichen Analyse der genannten Felder ist der Austausch mit den in der Altenarbeit agierenden Organisationen eine wichtige Grundlage der seniorenpolitischen Entscheidungen.

Unabdingbar aber ist der Austausch mit den Betroffenen als Experten und Expertinnen in eigener Sache und eine Stärkung ihrer Organisation in kommunalen Seniorenbeiräten und in der Landesseniorenvertretung.

Die SPD-Fraktion im Hessischen Landtag setzt sich für eine solidarische, gerechte und durch Teilhabe geprägte Seniorenpolitik im Land Hessen ein. Im Folgenden sollen einige Handlungsfelder betrachtet werden. Wir bedanken uns sehr herzlich bei allen, die sich an der Erstellung dieses Papiers beteiligt haben und wünschen Ihnen eine interessante Lektüre.



Günter Rudolph, MdL  
Fraktionsvorsitzender



Ulrike Alex, MdL  
Seniorenpolitische Sprecherin



## **DIE ÖKONOMISCHE SITUATION VON SENIORINNEN UND SENIOREN IN HESSEN**

Die ältere Generation in Hessen ist in ihren finanziellen Ressourcen ebenso heterogen wie die übrige Bevölkerung. Es ist jedoch offensichtlich, dass nach Ende ihres Berufslebens viele Menschen mit einer sehr kleinen, teilweise auch ohne eigene Rente auskommen müssen. Der Anteil von älteren Menschen an den Kundinnen und Kunden der Tafeln ist gleichbleibend hoch.

Die Gründe sind vielfältig, häufig liegen sie in einem zu geringen sozialversicherungspflichtigen Lohn während der Erwerbstätigkeit. Die Forderung nach einem besseren Mindestlohn, beginnend mit 13 Euro pro Stunde für Hessinnen und Hessen, ist der Anfang für eine Verbesserung, die allerdings erst in der Zukunft greift. Dass Menschen mit geringem Lohn ihre künftigen Bezüge durch Zusatzversicherungen, Geldanlagen oder Sparen verbessern, wird nur von Zynikern ohne Blick auf die Lebensrealität von Haushalten mit geringem Einkommen gefordert.

Ein anderer Grund für die prekäre finanzielle Situation von vielen Menschen der älteren Generation liegt in unterbrochenen Erwerbsbiografien durch lange Arbeitslosigkeit, Krankheit, Kindererziehung und Pflege von Angehörigen.

Insbesondere Frauen übernehmen die Sorge in der Familie. Sie verzichten auf eine durchgehende Berufstätigkeit oder arbeiten häufiger in Teilzeit und zahlen dafür mit einer niedrigen Rente. Hinzu kommt, dass Frauen immer noch nicht gleichberechtigt bezahlt werden, also schon deshalb ihr Rentenversicherungsbeitrag geringer ist.

Die gesamtpolitische Aufgabe, für gleichberechtigte Löhne zu sorgen und den Mindestlohn zu steigern, ist auch ein wichtiger Beitrag für die Sicherung des Lebensstandards künftiger älterer Generationen.

Bei der Diskussion um die Anhebung der Altersgrenze für den Eintritt in den Ruhestand sollte nicht auf Menschen in gehobenen Positionen mit selbstbestimmtem Arbeitsalltag verwiesen werden, die freiwillig jetzt schon ihre Lebensarbeitszeit verlängern. Vielmehr muss sich das Renteneintrittsalter an den Möglichkeiten von Menschen in körperlich herausfordernden Berufen orientieren.

Solange Menschen im Alter unter finanziell eingeschränkten Verhältnissen leben, muss dafür gesorgt werden, dass ihnen Begegnung, Freizeit-, Kultur-, Bildungs- und Bewegungsangebote kostenlos und niedrigschwellig zur Verfügung stehen. Deshalb müssen die Kommunen in ihrer Verantwortung vor Ort für diese Aufgaben finanziell ausgestattet werden.

## **GESUNDHEIT**

Unter der Pandemie hat die ältere Generation insbesondere zu Beginn stark gelitten, ihr Alltag war von Isolation und teilweise einem gesellschaftlichen Klima geprägt, in dem öffentlich gefragt wurde,

warum man so viel medizinische Arbeit in Menschen investiere, die ohnehin in einem halben Jahr sterben würden (Bgm. Tübingen). Nach Start des Impfens kämpften Hochbetagte mit Schwierigkeiten bei der Terminvereinbarung. Wer einen Termin bekommen hatte, musste sich die Fahrt zu einem teilweise weit entfernten Impfzentrum organisieren. Und nachdem die Menschen in den Seniorenheimen durchgeimpft waren, wurde die Isolation weiterhin aufrechterhalten, weil die Träger der Einrichtungen keine klaren Aussagen von der Landesregierung bekommen haben. Menschen im fortgeschrittenen Alter sind auf regelmäßige Arztbesuche angewiesen, auch dies gestaltete sich in der Pandemie schwierig. Ebenso entfielen häufig Angebote für Physiotherapie oder haushaltsnahe Hilfen.

Doch abgesehen von den lebensbedrohlichen Erschwernissen in der Pandemie ist der Arztbesuch für ältere Menschen in Hessen mit Problemen behaftet. Die Zahl der niedergelassenen Ärzte zeigt eine deutliche Diskrepanz zwischen Stadt und Land. Hinzu kommt die schwindende Mobilität im Alter. Deshalb ist eine aufsuchende Gesundheitsversorgung durch Landarztquote und Gemeindeschwestern ein Schritt zur Verbesserung der Versorgung.

Der Besuch beim Facharzt oder ein Krankenhausaufenthalt stellen insbesondere für Hochbetagte eine besondere Herausforderung dar. Es ist darauf hinzuwirken, dass Begleitung ermöglicht wird und dass der Datenschutz von älteren Menschen und ihre Würde auch in Krankenhäusern und Arztpraxen gewährleistet bleiben.

Wenn sich im Alter eine Behinderung einstellt oder verschlechtert, ist es nicht zuzumuten, dass die Versorgungsämter in

Hessen viele Monate brauchen, um einen Grad der Behinderung zuzuerkennen. Deshalb sind die Versorgungsämter personell so zu ertüchtigen, dass sie in der Lage sind, zeitnah zu entscheiden, damit die gegebenenfalls damit verbundenen Hilfen auch baldmöglichst genutzt werden können.

Hier sei angemerkt, dass auch ältere Menschen straffällig werden und dass die Strafanstalten längst noch nicht darauf vorbereitet sind, diese Menschen ausreichend gesundheitlich zu unterstützen und so unterzubringen, dass sie durch ihre altersbedingten Einschränkungen durch die Haftstrafe nicht im Vergleich zu Mitgefangenen zusätzlich bestraft sind.

## MOBILITÄT

Insbesondere im ländlichen Raum ist das Angebot des öffentlichen Personennahverkehrs eingeschränkt, manchmal in Abendstunden, am Wochenende oder in den Schulferien gar nicht vorhanden. Ältere Personen, die entweder nie einen Führerschein hatten oder ihn aus Verantwortungsgefühl abgegeben haben oder die sich schlicht kein Auto leisten können, sind dadurch in ihren Möglichkeiten zu Einkäufen, Arztbesuchen oder kulturellen und sozialen Angeboten stark eingeschränkt.

Bürgerbusse, die durch Ehrenamtliche, zumeist auch ältere Personen betrieben werden, können nur eine Notlösung sein. Nicht nur für Ältere, sondern auch aus Klimaschutzgründen bedarf es einer Kraftanstrengung des Landes Hessen für einen nachhaltigen, zuverlässigen und gut getakteten ÖPNV.



## WOHNEN

Menschen möchten auch im Alter gern in ihrer gewohnten Umgebung bleiben. Vielen Häusern fehlen aber Voraussetzungen für das Wohnen im Alter. Deshalb muss schnell und unbürokratisch gehandelt werden, wenn es gilt, zu unterstützen- finanziell und mit Expertise- um diesen Wohnraum altersangemessen zu ertüchtigen. Der Anteil von Menschen im Rentenalter bei den Wohngeldempfängern steigt und liegt aktuell bei 42 %.

Bei Neubauten können durch die Hessische Bauordnung entsprechende Vorgaben gemacht werden. Aufgrund der demografischen Entwicklung ist es angezeigt, an die Baugenehmigung Mindeststandards für im Alter nutzbaren Wohnraum zu knüpfen, z. B. barrierefreier Zugang zu allen Räumen, barrierefreies Bad, Aufzug, erreichbare Schalter und Steckdosen.

## DIGITALISIERUNG

Die Digitalisierung in Hessen ist nur unzureichend ausgebaut. Dies trifft in besonderem Maße auch die ältere Generation.

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass in zahlreichen Alten- und Pflegeheimen die Nutzung von Kommunikationsmitteln kaum oder gar nicht möglich ist. Es fehlt an Geräten, schnellen Internetverbindungen sowie unterstützenden Pflegekräften.

Es ist daher sicherzustellen, dass dieser Mangel behoben wird. Für die älteren Menschen, die nicht mehr mit den neuen Medien zurechtkommen, ist eine Unterstützung durch das Pflegepersonal unabdingbar. Das bedeutet aber auch, dass die Ausbildungsrichtlinien für das Pflegepersonal diese Thematik schnellstmöglich aufnehmen müssen und auch Zeit und Mittel hierfür zur Verfügung gestellt werden.

Die wachsende Nutzung des Internets ist gerade für Ältere und Alleinlebende zugleich eine Chance einer Vereinsamung entgegenzuwirken. Hier bedarf es der notwendigen Unterstützung durch Weiterbildungseinrichtungen und im Bedarfsfall auch finanzieller Mittel.

Bedenken sollte man auch, dass Behörden ihre Dienstleistungen verstärkt digital anbieten. Es besteht ein Informationsrecht. Es ist absehbar, dass ein großer Teil der Arztbesuche sich in Zukunft auf Videosprechstunden verlagert. Dieses mildert zwar Mobilitätsprobleme ab, erfordert andererseits aber auch Unterstützung für Ältere.

## KULTUR, FREIZEIT, BEGEGNUNG

Viele Ehrenamtliche in Vereinen und Institutionen, bei Kommunen, in Kirchen und bei den Trägern der freien Wohlfahrtspflege unterbreiten Angebote für Senioren und Seniorinnen im Bildungs-, Kultur-, Freizeit und Sportbereich. Alle diese Bemühungen sind finanziell zu unterstützen. Oftmals scheitert die Teilnahme an einem Ausflug an dem – wenn auch zumeist sehr bescheidenen – Unkostenbeitrag oder an der Furcht, dass unterwegs eingekehrt wird und der Preis für eine Tasse Kaffee fällig wird.

Deshalb sollte jede Kommune über ein Budget verfügen, damit sie den älteren Menschen ein komplett kostenfreies Angebot machen kann.

Die zahlreichen Projekte, an denen sich das Land Hessen beteiligt, sollten nach einer Evaluation in eine verlässliche Förderung überführt werden, um Anbietenden und Nutzenden der Angebote die Sicherheit der Dauerhaftigkeit zu geben und die administrativen Aufgaben für die Ehrenamtlichen überschaubar zu halten.

## **PARTIZIPATION**

Das tägliche Leben spielt sich in der Kommune ab. Seit vielen Jahren fordern wir deshalb, in unserer älter werdenden Gesellschaft den Expertinnen und Experten im Bereich der Seniorenpolitik eine Stimme durch die Einrichtung eines Seniorenbeirats in jeder Kommune zu geben. Allein durch die Änderung eines Halbsatzes in der Hessischen Gemeindeordnung könnte diese Vorgabe gemacht werden. Dann wäre die Kommune gefordert, zu begründen, warum gerade bei ihr die Einrichtung eines Seniorenbeirats nicht möglich sei und dann wird die Möglichkeit zur Einrichtung eines solchen Beirats gründlich geprüft. Alternativ könnte man in kleineren Städten und Gemeinden auch eine/n ehrenamtliche/n Seniorenbeauftragte/n wählen.

Die Landesvertretung der Seniorinnen und Senioren soll Seniorenbeiräte bei ihrer Gründung unterstützen, Informationen verbreiten und Fortbildungen organisieren. In den letzten Jahren wurden die engagierten Ehrenamtlichen vom zuständigen Sozialministerium wenig unterstützt. Das muss sich ändern.

Fördergelder müssen am Anfang und nicht am Ende eines Jahres ausgezahlt werden, die Ehrenamtlichen sind in ihrem Tun zu unterstützen, ihre administrative Unterstützung ist zu gewährleisten und sie sind mit Aufgaben, die mit ihrem Zweck nichts zu tun haben (Beispielsweise die Beantwortung von Abgeordnetenfragen), nicht zu belasten und ihre Auslagen (z.B. Fahrtkosten) sind zeitnah und unbürokratisch zu erstatten.

## **AUSBLICK**

Neben den genannten Handlungsfeldern gibt es viele weitere Bereiche, die die ältere Generation besonders betreffen. Leider ist es der Landesregierung nicht möglich, zu vielen Fragen Antworten zu geben.

Deshalb muss eine großangelegte wissenschaftliche Studie die Situation der Senioren und Senioren in Hessen qualifizierter ausleuchten als der übliche Demografiebericht. Entscheidend ist jedoch, dass eine ganze Reihe von Maßnahmen, die das Leben der älteren Generation verbessern, sofort ergriffen werden könnten.

Wesentlich dabei ist im Einzelnen, die Expertise der Betroffenen zu berücksichtigen, sie um ihre Mitwirkung zu bitten und dabei den demografischen Wandel nicht als mit Defiziten beladenen Prozess, sondern als Chance zu begreifen.



**SPD** Fraktion  
im Hessischen  
Landtag

Schlossplatz 1-3  
65183 Wiesbaden

[spd-fraktion-hessen.de](http://spd-fraktion-hessen.de)



[spd-fraktion@ltg.hessen.de](mailto:spd-fraktion@ltg.hessen.de)



[spdhessen](https://www.facebook.com/spdhessen)



[hessenspd](https://twitter.com/hessenspd)



[spd\\_hessen](https://www.instagram.com/spd_hessen)